



**VEREINTE
NATIONEN**



INTOSAI

**WIRKSAME PRAKTIKEN DER ZUSAMMENARBEIT
ZWISCHEN ORKB UND BÜRGERN ZUR FÖRDERUNG
DER ÖFFENTLICHEN RECHENSCHAFTSPFLICHT**

**Bericht über das 21. VN/INTOSAI Symposium
über staatliche Finanzkontrolle**

**Wien
13. bis 15. Juli 2011**



**VEREINTE
NATIONEN**



INTOSAI

Division for Public Administration and Development Management (DPADM)
Department of Economic and Social Affairs (DESA)

**WIRKSAME PRAKTIKEN DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN ORKB
UND BÜRGERN ZUR FÖRDERUNG DER ÖFFENTLICHEN
RECHENSCHAFTSPFLICHT**

Bericht über das 21. VN/INTOSAI Symposium
über staatliche Finanzkontrolle

Wien
13. bis 15. Juli 2011

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Kurzfassung	1
2.	Eröffnung des Symposiums - Überblick.....	4
3.	Beratungen des Symposiums	6
3.1	Einführung	6
3.2	Fragebogen über die Interaktion zwischen ORKB und Bürgerinnen und Bürgern: Umfrage.....	7
3.3	Kommunikation zwischen ORKB und Bürgerinnen und Bürgern	8
3.4	Formen der Bürgerbeteiligung an der staatlichen Finanzkontrolle	10
3.5	Wert und Nutzen von Zusammenarbeit zwischen ORKB, Parlamenten, Bürgerinnen und Bürgern.....	14
3.6	Zusammenfassung	16
4.	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	19
5.	Evaluierung.....	26
	Anlagen	28

1. KURZFASSUNG

Das Symposium „Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit zwischen ORKB und Bürgern zur Verbesserung der öffentlichen Rechenschaftspflicht“ wurde, organisiert von den Vereinten Nationen (VN) in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI), von 13. bis 15. Juli 2011 in Wien, Österreich, abgehalten. Es handelte sich dabei um die 21. überregionale Veranstaltung, die gemeinsam von der United Nations Division for Public Administration and Development Management (DPADM), dem Department of Economic and Social Affairs (DESA) und der INTOSAI abgehalten wurde (21. VN/INTOSAI-Symposium).

Das Hauptziel des Symposiums war es, erfolgreiche Beispiele der Zusammenarbeit zwischen Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) und Bürgerinnen und Bürgern zu identifizieren, innovative neue Zugänge zu solchen Kooperationen aufzuzeigen und so die öffentliche Finanzkontrolle zu stärken, damit diese stärker dem Wohle der Bürgerinnen und Bürger zugute komme.

Rund 140 Vertreterinnen und Vertreter von 66 ORKB aus Industrie- und Entwicklungsländern sowie hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Vereinten Nationen nahmen am Symposium teil. Besonders zu erwähnen sind Untergeneralsekretär Sha Zukang, Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten des VN-Sekretariats (UNDESA) und Untergeneralsekretärin Carman Lapointe vom Amt für Interne Aufsichtsdienste der VN (UNOIOS), die zum ersten Mal an einem VN/INTOSAI-Symposium teilnahm.

Als Sprecherinnen und Sprecher wurden Vertreterinnen und Vertreter von INTOSAI, UNDESA, dem VN-Experten Ausschuss für Öffentliche Verwaltung (UNCEPA), dem VN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), der International Budget Partnership (IBP) sowie der ORKB von Brasilien, China, Kolumbien, Costa Rica, Dänemark, Ecuador, Guatemala, Indien, Korea, Indonesien, Mexiko, Marokko, den Niederlanden, Paraguay, Polen, der Russischen Föderation, Südafrika, den Vereinigten Staaten und Venezuela gesendet. Der Präsident der INTOSAI und Auditor General von Südafrika, Terence Nombembe, übte die Rolle des technischen Vorsitzenden aus.

Das Symposium befasste sich mit den folgenden Hauptpunkten:

1. Kommunikation zwischen den ORKB und Bürgerinnen und Bürgern;
2. Formen der Bürgerbeteiligung in der öffentlichen Finanzkontrolle
3. Wert und Nutzen der Zusammenarbeit von ORKB, Parlamenten und Bürgerinnen und Bürgern.

Die lebendigen Diskussionen und die erreichten Ergebnisse illustrieren das große Interesse an Informationsaustausch über Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit in der externen öffentlichen Finanzkontrolle.

Das Thema wurde durch zwei in „2. ERÖFFNUNG DES SYMPOSIUMS – ÜBERBLICK“ zusammengefassten Eröffnungsreden von INTOSAI Generalsekretär Dr. Josef Moser und Untergeneralsekretär der VN, Sha Zukang vorgestellt.

Anschließend diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausführlich Beispiele für effektive Zusammenarbeit zwischen ORKB und Bürgerinnen und Bürgern, die im Rahmen des Symposiums präsentiert wurden. Im Mittelpunkt stand gegenseitiger Austausch bezüglich spezifischer Prüfungsaktivitäten von ORKB. Abschnitt „3. BERATUNGEN DES SYMPOSIUMS“ fasst die Beiträge aus technischen Präsentationen und Papieren sowie die Debatten während der Plenarsitzungen zusammen.

Abschnitt „4. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN“ legt die Schlussfolgerungen dar, zu denen die Symposiumsteilnehmer, basierend auf den Papieren, Präsentationen und Diskussionen gekommen sind. Zuallererst empfahlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Bemühungen zur Verabschiedung einer Resolution der Generalversammlung der VN zur Untermauerung der Prinzipien der INTOSAI-Deklarationen von Lima und Mexiko voranzutreiben. Daneben wurde angeregt, den INTOSAI-Rahmen zu Kommunikation und Förderung von Wert und Nutzen der ORKB zur Anwendung zu bringen, eine enge Kooperation zwischen ORKB und Parlamenten zu entwickeln sowie gute Beziehungen zwischen ORKB und deren Stakeholdern aufzubauen. Außerdem sollen die Verbindungen mit Bürgerinnen und Bürgern, sozialen Organisationen, nationalen Autoritäten und Analytinnen und Analytisten gestärkt sowie bestehende Modelle der Bürgerbeteiligung zur Kenntnis genommen werden. Die INTOSAI wurde aufgefordert, mit der International Budget Partnership (IBP) und anderen Organisationen, insbesondere der gemeinsamen VN/INTOSAI-Plattform, zusammenzuarbeiten und die Teilnahme am – von der IBP koordinierten – Steward's Committee of the Multi Stakeholder Initiative zu prüfen. Des Weiteren soll die Bürgerbeteiligung durch die Entwicklung von Mechanismen gefördert werden, welche zur Auswertung von Beschwerden über Nichteinhaltung der Vorschriften und Misswirtschaft dienen, sowie dazu beitragen, dass Empfehlungen zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung Gehör finden.

Eine Umfrage unter Teilnehmerinnen und Teilnehmern, detailliert dargelegt in Abschnitt „5. EVALUIERUNG“, brachte das Ergebnis, dass das Symposium als relevant und erfolgreich erachtet wurde.

Eine Auflistung aller Reden, aller technischen Präsentationen, die auch elektronisch verfügbar sind und eine Auflistung der Symposiumsteilnehmer sind im letzten Abschnitt „ANLAGEN“ zu finden.

2. ERÖFFNUNG DES SYMPOSIUMS - ÜBERBLICK

Der Generalsekretär der INTOSAI und Präsident des Österreichischen Rechnungshofes, Dr. Josef Moser, hieß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer willkommen und hob besonders die Delegationen der VN, angeführt durch Untergeneralsekretär Sha Zukang, den Präsidenten der INTOSAI, Terence Nombembe, den Österreichischen Staatssekretär Wolfgang Waldner, den Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, Anders B. Johnsson, und die zahlreichen Vortragenden hervor, die im Zuge des Symposiums Beiträge lieferten.

Er betonte, dass die große Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und speziell die Anwesenheit des VN-Untergeneralsekretärs Sha Zukang, der das erste Mal an einem VN/INTOSAI-Symposium teilnahm, das beträchtliche Interesse an der Frage der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgerinnen und Bürger sowie den großen Wert der gemeinsamen VN/INTOSAI-Veranstaltungen zeige.

Dr. Moser übergab sodann das Wort an Staatssekretär Wolfgang Waldner, der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Namen der Republik Österreich willkommen hieß.

In seiner Eröffnungsansprache legte Generalsekretär Josef Moser dar, dass die ORKB, gleichsam als ein Eckpfeiler jeder Demokratie, eine grundlegende Rolle bei der Aufrechterhaltung der Prinzipien der guten Regierungsführung, Transparenz und Rechenschaftspflicht und insbesondere in der Förderung der Effizienz im öffentlichen Sektor spielen.

Um diesem Ziel nachzukommen, sei es Aufgabe der ORKB, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Arbeit zu berücksichtigen und entsprechend zu kommunizieren. Außerdem müssen die Prüfergebnisse der Öffentlichkeit in solcher Weise zur Kenntnis gebracht werden, sodass letztlich die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, die Umsetzung der Prüfergebnisse einzufordern. Um dies zu ermöglichen, müssen Bürgerinnen und Bürger aktiv an der politischen Debatte teilhaben und an der Umsetzung der Prüfergebnisse mitwirken. Es sei von entscheidender Bedeutung, den Bürgerinnen und Bürgern eine adäquate Plattform für diese Verpflichtung zur Verfügung zu stellen. Wenn Bürgerinnen und Bürger realisieren, dass sie nicht machtlos sind, sondern eine aktive Rolle einnehmen können, um ihre Interessen zu verteidigen, werden sie auch bereit sein, sich ganz einzubringen.

Dr. Moser unterstrich, dass die Bemühungen der INTOSAI im Zuge der Resolution der VN zur Förderung der Unabhängigkeit von ORKB gezeigt haben, wie viel Bedeutung von Seiten der INTOSAI der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen ORKB und Bürgerinnen und Bürgern in den letzten Jahren beigemessen werde. Für ORKB sei

Unabhängigkeit eine unerlässliche Voraussetzung für eine vorurteilsfreie, objektive und auf Vertrauen basierende Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Sha Zukang anerkannte die lange Geschichte der Zusammenarbeit zwischen den VN und der INTOSAI, die für alle VN-Mitglieder konkrete Vorteile gebracht hat. Durch die Zusammenarbeit seien die öffentliche Wahrnehmung sowie die Rolle der ORKB gestärkt und die Botschaften von sauberer Regierungsführung, Rechenschaftspflicht und Korruptionsbekämpfung verbreitet worden. Er stellte fest, dass Korruption, sowohl in entwickelten, als auch in Entwicklungsländern, weiterhin endemisch sei. Nicht nur, dass Korruption moralisch verwerflich sei, sie störe auch die wirtschaftliche Leistung, sie zerstöre das Vertrauen in öffentliche Institutionen und bedrohe die Rechtsstaatlichkeit. Von der Perspektive der Entwicklung aus gesehen unterminiere Korruption die Ressourcenallokation, führe zu Verschwendung und erhöhe die Geschäftskosten. Sie schwäche die institutionelle Grundlage, auf der nachhaltige Entwicklung aufbauen würde. Es sei somit offensichtlich, dass gute Regierungsführung mit der Bekämpfung der Korruption beginnen müsse.

Bezüglich der INTOSAI erklärte der Untergeneralsekretär, dass die VN bereit seien, die Zusammenarbeit mit der INTOSAI und ihren Mitgliedstaaten besonders im Bereich der Korruption zu erweitern und zu vertiefen und dass die VN von der Expertise der INTOSAI im Bereich Rechnungskontrolle und Rechenschaftspflicht profitieren können.

Sha Zukang bezog sich anschließend im Besonderen auf die VN-Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung Rio+20 im Jahr 2012, die den Fokus auf zwei Themen legen werde: Eine grüne Wirtschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung sowie die Beseitigung der Armut und der institutionelle Rahmen für nachhaltige Entwicklung.

Da gute Regierungsführung auf allen Ebenen für eine nachhaltige Entwicklung entscheidend sei, gebe es eine Menge von Beiträgen, die die INTOSAI und ihre Mitglieder beisteuern können. In seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Rio+20-Konferenz lud der Untergeneralsekretär die INTOSAI ein, Vorschläge für Aktionen und Lösungen zur Stärkung von Institutionen für nachhaltige Entwicklung vorzubringen, welche die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene berücksichtigen.

3. BERATUNGEN DES SYMPOSIUMS

3.1 Einführung

Das Thema des Symposiums „Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit zwischen ORKB und Bürgern zur Verbesserung öffentlicher Rechenschaftspflicht“ spiegelt wider, dass der Bedarf nach Vertiefung von Beteiligungsverfahren in der öffentlichen Verwaltung immer mehr anerkannt wird. Der systematische Informationsaustausch über gemeinsame Anliegen zur Rechenschaftspflicht im öffentlichen Sektor zwischen Bürgerinnen und Bürgern – und deren zivilgesellschaftliche und private Organisationen – auf der einen und den ORKB auf der anderen Seite trägt dazu bei, gegenüber der Bevölkerung alle Teile der öffentlichen Verwaltung und der Regierung rechenschaftspflichtig zu halten. Es gab eine generelle Übereinstimmung, dass informierte öffentliche Diskussionen, aktive Beteiligung und umfassende Beratungen, die sowohl Regierungs- als auch Nichtregierungsorganisationen umfassen, die Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Wirksamkeit, aber auch die Gleichheit, Legalität und das ethische Regierungshandeln unterstützen.

Mit ihrer Verpflichtung zu Unabhängigkeit, Professionalität und Verlässlichkeit sind die ORKB in einer einzigartigen Position, die sie gegenüber der Öffentlichkeit dazu verpflichtet, in den folgenden Bereichen Verbesserungen voranzutreiben: Wirksame öffentliche Regierungsführung, Verbesserung der Ergebnisse von Entwicklungsprozessen, Korruptionsbekämpfung sowie Förderung des Vertrauens in die Regierung. Bezüglich der öffentlichen Überprüfung haben die ORKB eine wichtige Rolle zu erfüllen. Indem sie ihre Berichte öffentlich zugänglich machen, machen sie die Handlungen der Regierung für die Bürgerinnen und Bürger transparent. Außerdem tragen sie dazu bei, öffentliches Vertrauen zu schaffen, indem sie auf die legitimen Bedenken der Bürgerinnen und Bürger eingehen.

Das Gesamtthema des Symposiums wurde im Rahmen von drei Unterthemen behandelt.

- Das Unterthema 1 (Themenvorsitz: O. Faqeeh, ORKB Saudi Arabien) konzentrierte sich auf die Kommunikation zwischen ORKB und den Bürgerinnen und Bürgern zur Verbesserung der öffentlichen Rechenschaftspflicht und erörterte die besten Wege, das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Arbeit der ORKB zu erhöhen. Dabei wurde auch analysiert, wie die ORKB den Bürgerinnen und Bürgern am besten prüfungsspezifische Informationen mitteilen können und welche Kanäle notwendig sind, um Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern zu erhalten und diese in zukünftige Prüfungstätigkeiten einfließen lassen zu können.

- Unterthema 2 (Themenvorsitz: VN Untergeneralsekretär Sha Zukang, UNDESA) untersuchte die unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung in der staatlichen Finanzkontrolle, im Besonderen wirksame Möglichkeiten und notwendige Bedingungen, die zur Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in die Prüfprozesse erforderlich sind.
- Unterthema 3 (Themenvorsitz: T. Nombembe, ORKB Südafrika) diskutierte Wert und Nutzen der Zusammenarbeit zwischen ORKB, Parlamenten und Bürgerinnen und Bürgern aus der jeweiligen Perspektive.

T. Nombembe (ORKB Südafrika) fungierte als technischer Vorsitzender des Treffens.

3.2 Fragebogen über die Interaktion zwischen ORKB und Bürgerinnen und Bürgern: Umfrage

Das technische Programm basiert auf einem Fragebogen zum Engagement von Bürgerinnen und Bürgern bei ORKB, der im Vorfeld des Symposiums an alle INTOSAI-Mitgliedsinstitutionen ausgesendet wurde.

Die Umfrage zeigte, dass eine große Anzahl von ORKB Broschüren, Bücher und Videos über ihre Aktivitäten herausgibt, um unter den Bürgerinnen und Bürgern ein Bewusstsein für ihre Tätigkeit zu schaffen, oder dass sie Unterrichtsmaterialien und Präsentationen über ihre Aufgaben und Aktivitäten für Schulen und Universitäten zur Verfügung stellt. Manche ORKB benutzen Soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter oder Youtube, um ihre Arbeit sowie Wert und Nutzen von ORKB für die Bürgerinnen und Bürger darzustellen.

Fast alle ORKB nutzen ihre Website, um ihre Prüfungsergebnisse und prüfungsspezifische Informationen der Öffentlichkeit zu präsentieren. Sie verfolgen eine aktive Medienstrategie und arbeiten eng mit den Medien zusammen, um die Öffentlichkeit über ihre Prüfungsergebnisse und Empfehlungen zu informieren.

Einige ORKB haben einen Beschwerdemechanismus eingesetzt, um die Bürgerbeteiligung in der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern, sodass die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in die Planung der Prüfungsprogramme und die Prüfungsabläufe aufgenommen werden können. Bei den meisten ORKB haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Anliegen entweder telefonisch oder schriftlich, in manchen Fällen sogar im Rahmen öffentlicher Sprechstunden einzubringen. Diese Beschwerden werden in einigen Ländern von zuständigen Abteilungen bearbeitet und können auch Auslöser für Ad-hoc-Prüfungen sein.

Viele ORKB haben institutionalisierte Fokusgruppen oder führen Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern bzw. Expertengespräche, um die Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung zu ermutigen und relevante Informationen und Knowhow von dritten einzuholen, noch bevor Prüfungen begonnen werden, und diese in ihre Arbeit aufzunehmen.

3.3 Kommunikation zwischen ORKB und Bürgerinnen und Bürgern

Zu diesem Unterthema wurden folgende schriftliche Beiträge eingebracht: J. Jeziński (ORKB Polen) zur Kommunikation zwischen ORKB und Bürgern zur Verbesserung der öffentlichen Rechenschaftspflicht; A. El Midaoui (ORKB Marokko) zur Steigerung des öffentlichen Bewusstseins über die Arbeit von ORKB; von S. Stepashin (ORKB Russische Föderation) über die Kommunikation prüfungsspezifischer Informationen für Bürger. Darüber hinaus beschrieb A. Mukhopadhyay (ORKB Indien) spezifische Ansätze der Sozialprüfung in Indien. M. Edwards (UNCEPA) stellte wertvolle Hintergrundinformationen zu den Konzepten der geteilten Rechenschaftspflicht in der Erbringung von Dienstleistungen zur Verfügung. Länderstudien der ORKB von Brasilien, Kolumbien, Indonesien und den Niederlanden brachten anschauliche Beispiele zur Verbesserung der Kommunikation sowie der Zusammenarbeit von ORKB mit Bürgerinnen und Bürgern mittels der Entwicklung und Umsetzung von Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationsstrategien und durch die Verwendung sozialer Medien, die in der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern und deren Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten immer wichtiger werden, in die Diskussion ein.

Es gab die generelle Übereinstimmung, dass die ORKB ihre Prüftätigkeit – als öffentliche Dienstleistung – effektiv kommunizieren müssen, um die öffentliche Rechenschaftspflicht zu verbessern. Generell sind Bürgerinnen und Bürger als letztliche Profiteure einer besseren Verwendung öffentlicher Mittel die wichtigsten Stakeholder von ORKB. Nichtsdestoweniger sind sie oftmals am schlechtesten über die Vorteile der Prüfung von Regierungsführung und Rechenschaftspflicht informiert. Umfragen haben gezeigt, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung sehr wenig über die Tätigkeit der ORKB weiß. Aus diesen Gründen ist es notwendig, dass ORKB angemessene Maßnahmen zur Bildung eines Bewusstseins innerhalb der breiten Öffentlichkeit über die Wichtigkeit der öffentlichen Prüftätigkeit entwickeln.

Es muss verstanden werden, dass die Ergebnisse eines Prüfprozesses, obwohl hauptsächlich technischer Natur, die tatsächlichen Möglichkeiten einer Regierung aufzeigen, die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu befriedigen. Dafür müssen korrekte und zeitnahe Informationen über die Verwendung von Mitteln vorliegen. Durch die Bereitstellung unabhängiger, unparteiischer und faktenbasierter Berichte, die in einem allgemein zugänglichen Stil verfasst sind, tragen die ORKB dazu bei, den Bürgerinnen und

Bürgern Informationen in die Hand zu geben, die ihre Kenntnisse über die Ausgaben der Regierung verbessern. Sie helfen den Bürgerinnen und Bürgern dabei, ihre Kontrollrechte auszuüben, indem diese die Prüfergebnisse beobachten und die Umsetzung von Empfehlungen der ORKB einfordern.

Die ORKB, die sowohl im Dienste des Staats als auch der Bürgerinnen und Bürger stehen, müssen ein Vertrauensverhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern haben und effektiv auf ihre Anliegen eingehen. ORKB sollten eine aktive Kommunikationsstrategie anwenden, die ihre Arbeit ideal transportiert und ihre Hauptergebnisse hervorhebt. Öffentliche Prüfeinrichtungen sollten sich immer wieder vor Augen halten, dass sie nicht nur für eine spezialisierte Minderheit schreiben, sondern für eine ganze Nation. Um für die Bürgerinnen und Bürger brauchbar zu sein, müssen Prüfberichte sowohl aktuell und einfach zugänglich als auch in einem klaren und verständlichen Stil verfasst sein.

Eine wirksame Medienstrategie ist eine zentrale Bedingung, um der Öffentlichkeit die Botschaften der ORKB zu vermitteln. Ohne in die Freiheit der Berichterstattung einzugreifen, sollten ORKB Journalistinnen und Journalisten unterstützen, indem sie ihnen das technische Wissen zur Verfügung stellen, das notwendig ist, um die Prüfpraxis, die Reichweite der Entscheidungen sowie der rechtlichen Möglichkeiten und Einschränkungen der ORKB zu überblicken. Besser informierte Journalistinnen und Journalisten können zu besser ausgeglichenen und objektiveren Sichtweisen der Fakten gelangen und so wertvolle Informationen für die Öffentlichkeit produzieren.

Zusätzlich zu den Interviews mit Print-, Radio-, Online- und Fernsehjournalisten können ORKB auch ihr Profil schärfen, indem sie ihre öffentliche Erscheinung überarbeiten. Dies kann durch Auftritte in öffentlichen Foren zu Themen im Wirkungsfeld der ORKB geschehen, durch Konferenzen oder in Zusammenarbeit mit Universitäten, und indem Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern ernst genommen werden. Außerdem kann der direkte Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gepflegt werden.

Für die gründliche Verbreitung von Informationen bedarf es der Diversifikation der Kommunikationsmedien. Demzufolge sollten ORKB neue Informations- und Kommunikationstechnologien verwenden, um die Informationen über ihre Aktivitäten und Operationen auf einer breiteren Basis für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Einige ORKB haben zum Beispiel Videos und Audio-Podcasts über ihre Arbeit für die Verbreitung über Youtube, iTunes und andere Online-Plattformen produziert, um Bürgerinnen und Bürger über die Berichte und Prüfaktivitäten der ORKB auf dem Laufenden zu halten. In der Tat verwenden die meisten ORKB Internetseiten, um ihre Botschaften auf bequeme, effiziente und wirtschaftliche Art und Weise zu transportieren.

Allerdings variiert der Zugang der Öffentlichkeit zum Internet immer noch enorm, was auch für die Klarheit der Inhalte der Websites gilt.

Da Kommunikation ein wechselseitiger Prozess ist, müssen ORKB effektive Kanäle zur Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen, die es ihnen ermöglichen, Beschwerden entgegenzunehmen und die Prüfungen von Organisationen oder Programmen dahingehend zu gestalten, dass diese offen für Empfehlungen, Vorschläge und Kommentare sind.

Die Rückmeldungen, die ORKB von der Öffentlichkeit zu ihren Prüfergebnissen erhalten, sind sowohl vorteilhaft als auch herausfordernd, da sie die ORKB dazu anspornen, ihre zukünftigen Prüfungen auf Gebiete zu fokussieren, die den Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind.

ORKB können auf die Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern reagieren und dadurch Hinweise auf Betrugsversuche und Informationen über Hochrisikogebiete gewinnen, womit Prüfungen reaktiver gemacht werden können. Spezielle Maßnahmen der ORKB in dieser Hinsicht beinhalten Bürgerinterviews sowie die Einrichtung von Briefkästen und Telefon-Hotlines für die Entgegennahme von Beschwerden.

M. Edwards vom UN Committee of Experts on Public Administration (CEPA) sprach das Thema der Anpassung des traditionellen hierarchischen Modells der Rechenschaftspflicht an. Dabei sind solche Umfelder gemeint, bei denen die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Sektor verschwimmen und wo viele Akteure in die Dienstleistungserbringung für die Bürgerinnen und Bürger eingebunden sind. Im Zusammenhang mit der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger zur Sicherstellung der Verantwortung der Regierungen für die Dienstleistungserbringung stellte sie fest, dass ein Bedarf nach Ausgleich zwischen der langen Dauer der Bürgerbeteiligung und der raschen Umsetzung von Maßnahmen bestehe. Die wesentliche Herausforderung sei, den Regierungsprozess so umzugestalten, dass die unvermeidbaren Spannungen minimiert und produktiv gehandhabt werden können.

3.4 Formen der Bürgerbeteiligung an der staatlichen Finanzkontrolle

Durch die Einbindung in den Prüfprozess ermöglichen die Obersten Rechnungskontrollbehörden den Bürgerinnen und Bürgern, das Haushaltsverfahren und damit im Zusammenhang stehende Ergebnisse besser zu verstehen. Das ermächtigt die Bürger dazu, ihre Regierung zur Rechenschaft zu ziehen und die eigenen Interessen zu wahren.

Bürgerinnen und Bürger können auf unterschiedliche Art und Weise, in verschiedenen Stadien des Prüfprozesses eingebunden werden. In diesem Zusammenhang können ORKB eine wichtige Rolle im Mechanismus der Förderung verantwortungsvoller Regierungsführung spielen.

Die Einrichtung effektiver Kooperationskanäle zwischen Obersten Rechnungskontrollbehörden und Bürgerinnen und Bürgern ist unerlässlich, besonders in Hinblick auf das Engagement der ORKB im Kampf gegen Korruption. ORKB sollten günstige Rahmenbedingungen für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den Prüfprozess schaffen, indem sie den jährlichen Prüfungsplan veröffentlichen und vor der Entscheidung über spezifische Prüfungstätigkeiten die Meinungen von Bürgern und Parlamentsabgeordneten – über die offizielle Website der Prüfbehörde oder durch öffentliche Umfragen – einholen.

Dasheng Dong (ORKB China) berichtete, dass die chinesischen Bürgerinnen und Bürger massives Interesse an der Durchführung und an den Ergebnissen der Prüfung der Rechenschaftspflicht der staatlichen Führungsverantwortlichen zeigen. Dabei handelt es sich um eine in China durchgeführte Sonderprüfung der Rechenschaftspflicht gewählter Führungsorgane. Die Einbeziehung der Bürger förderte die Wirksamkeit des staatlichen Verwaltungshandelns, so wurde sowohl die Prüfungswirksamkeit als auch die Stärkung der Regierungsführung maßgeblich verbessert.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen überein, dass die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den Prüfungsprozess in einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen verankert werden müsse und angemessene Prüfungsstandards erfordere sowie die Herausgabe praktischer Leitlinien erfordere. Es benötige außerdem vielfältige aber dennoch festgelegte Kanäle für eine effektive Kommunikation, damit das prüfungsspezifische Wissen unter den Bürgern verbreitet und das grundlegende Verständnis der Anwendbarkeit sichergestellt werde. Darüber hinaus erfordere es auch Sensibilisierungsmaßnahmen unter den Prüferinnen und Prüfern, um ihnen die Vorteile der Bürgerbeteiligung am Prüfungsprozess zu verdeutlichen und ihre diesbezüglichen Fertigkeiten und Kompetenzen zu verbessern.

Wenn ORKB erfolgreich passende Mechanismen installieren um Bürgerbeschwerden zu empfangen, die unangemessene Aktivitäten oder Schwächen in Kontrollprogrammen entlarven, können ORKB früh genug alarmiert werden, um Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Einige ORKB, darunter die ORKB Mexikos, haben Einrichtungen (z.B. telefonische Beschwerdhotlines, Beschwerdebriefkästen) geschaffen, über die anonyme Hinweise zu mutmaßlichen Regelwidrigkeiten empfangen werden, welche wiederum für die Planung des jährlichen Prüfprogrammes herangezogen werden. Patricia Dalton von der ORKB der Vereinigten Staaten (General Accountability Office, GAO) stellte die von ihrer

ORKB eingeführten Maßnahmen vor. Sie erwähnte im Speziellen ein Programm namens FraudNet, welches ein wesentlicher Teil des „Forensic Audits and Investigative Service Team“ des GAO ist. Das Programm ermächtigt Bürgerinnen und Bürger dazu, anonym Fälle von Betrug, Verschwendung, Missbrauch oder Missmanagement öffentlicher Gelder zum Beispiel per Post, Email, über eine Webseite, eine gebührenfreie Telefonnummer und Fax zu melden. Eine aktive Informationspolitik ist hier ebenso notwendig, um den Bürgerinnen und Bürgern den Zweck von FraudNet zu erklären.

Die ORKB könnte Informationen auch über fachkundige Diskussionsforen, Beratungsgremien und Beratungsausschüsse erschließen, ebenso durch die regelmäßige Überprüfung internationaler und nationaler Angelegenheiten, die das politische und soziale Umfeld der ORKB betreffen. Die unterschiedlichen Erfahrungen, die innerhalb der nationalen und internationalen Rechnungsprüfergemeinschaft gemacht werden, sollten aufgenommen und in der strategischen und jährlichen Planung der ORKB berücksichtigt werden. Eine weitere sehr konkrete Methode, die ORKB anwenden können, um eine direkte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Prüfungstätigkeit zu erwirken, betrifft den Einsatz von Bürgerfokusgruppen und Bürgerbefragungen.

Die Teilnehmer des Symposiums hielten die Tatsache fest, dass Demokratie nie alleine nur dadurch erreicht wurde, den Bürgerinnen und Bürgern das Stimmrecht zu geben und sie ihre Regierung wählen zu lassen, sondern dass man ihnen auch das Recht auf Information und Offenlegung zugestehen musste. Ein restriktives System von Rechenschaftspflicht, in dem öffentliche Finanzkontrolle als institutionelles Reservat von Obersten Rechnungskontrollbehörden missverstanden wird und der vorherrschende Kanal der Berichterstattung nur über ein hierarchisches System von Beamten und Gesetzgebern erfolgt sowie direkte Bürgerbeteiligung bzw. die Beteiligung bürgerlicher Institutionen völlig außer Acht gelassen werden, wäre in einer hierarchisch abgeflachten, postmodernen Welt eindeutig inakzeptabel.

In diesem Kontext sprach A. Mukhopadhyay (ORKB Indien) über die 1996 in Indien entstandene Bürgerbewegung für soziale Prüfungen zur Stärkung der öffentlichen Rechenschaftspflicht. Dabei wurde Transparenz nicht nur als Sichtbarkeit dessen definiert, was der Staat öffentlich machen möchte, sondern als ein substantieller Abgleich der Erfahrungs-/ Erinnerungsregister im Gedächtnis der Bevölkerung mit jenen des Staates. Im Jahr 2005 gelang es der Bewegung, dem indischen Parlament das Gesetz zum Recht auf Information (Right to Information Act) abzuringen. Heute ist gemeinhin anerkannt, dass der Enthusiasmus, mit dem die einzelnen Bürgerinnen und Bürger dieses Recht geltend machen, einen Umbruch in der Verwaltung des Landes eingeleitet hat.

Die Praxis der Sozialprüfungen wurde von den Bürgerinnen und Bürgern (insbesondere den ärmeren Schichten) als geeignetes Mittel zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht

von Beamten und Politikern gleichermaßen begrüßt, nicht zuletzt aufgrund seiner demonstrativen Fähigkeit, Vertreter aller Gesellschaftsschichten – über Medienplattformen oder in öffentlichen Anhörungen – zusammenzubringen, wenn es darum ging, Beweismaterial über Irregularitäten und Korruption zusammenzutragen, gleich ob in High-Tech-Privatisierungsprojekten oder bei der Erbringung einfacher Sozialleistungen.

Rücksprachen mit Beratungsgruppen und professionellen Organisationen, die sich aus Bürgerinnen und Bürgern aller Disziplinen zusammensetzen, sind ein anderer Weg, um die Bevölkerung in die Prüfungsplanung und Prüfungstätigkeit der ORKB miteinzubeziehen. Diese Gruppen können in den Bereichen strategische Planung, Prüfungsstandards und bei anderen prüfungsrelevanten Themen beratend zur Seite stehen. Im Weiteren kann die ORKB Bürgerinnen und Bürger auch direkt einbeziehen, indem sie in bestimmten Fällen Fokusgruppen und Befragungen einsetzt, um Informationen zu bestimmten Prüfungsgebieten zu erhalten.

Indem allen Beteiligten das grundlegende Wissen über den Gegenstand bereitgestellt wird, wird ein höherer Standard der Qualitätssicherung erreicht. Fokusgruppen bieten eine gute Möglichkeit, um Expertenwissen im Prüfungswesen in Anspruch zu nehmen. Fokusgruppen, die Prüfer, ebenso wie betroffene Bürger und Experten, miteinbeziehen, sind besonders nützlich in der Analyse- und Ausarbeitungsphase eines Berichts, da sie alle betroffenen Parteien zur selben Zeit zum Austausch von Kommentaren versammeln. Des Weiteren führt das Treffen der Fokusgruppen schon in einem frühen Stadium des Prüfungsprozesses dazu, dass die richtigen Schwerpunkte in der Prüfung berücksichtigt werden. Nicht zuletzt bringen Fokusgruppen eine zusätzliche Ebene in die Qualitätssicherung ein, vor allem in Anbetracht der Angemessenheit und Vollständigkeit einer Prüfung, einschließlich Empfehlungen.

Es gab unter den Teilnehmern eine heftige Debatte darüber, ob es durchführbar sei, den Bürgern und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine aktivere Rolle im Prüfprozess einzuräumen. In Anbetracht des beiderseitigen Interesses an der Verbesserung des institutionellen Rahmens zur Einhaltung der Rechenschaftspflicht (Transparenzpolitik, Zugang zu Informationsgesetzgebung und Informationsmechanismen) und der Verstärkung von Sanktionen gegen Verstöße gegen selbige, bekundeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die Zivilgesellschaft ein wichtiger Verbündeter werden könnte, sollten andere staatliche Institutionen mittels unrechtmäßiger Eingriffe die ORKB in ihrer Integrität und Autonomie gefährden. Indem sie Zugang zu bestimmten Informationen haben, die von sozialen Organisationen einfacher zu erhalten sind, könnte die Involvierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) die Übersichtskapazitäten von ORKB erhöhen, und vor allem könnte mehr Sozialwissen und erhöhte Legitimität von ORKB zu vermehrter öffentlicher Unterstützung ihrer Arbeit führen.

3.5 Wert und Nutzen von Zusammenarbeit zwischen ORKB, Parlamenten, Bürgerinnen und Bürgern

Die Tätigkeit der Obersten Rechnungskontrollbehörden wird durch die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger wesentlich gefördert, denn dadurch wird sichergestellt, dass Ergebnisse und Empfehlungen nachverfolgt werden und es zu Korrekturmaßnahmen kommt. Eine engere Verbindung von ORKB und Bürgern im Haushaltsverfahren herzustellen, scheint eine logische Konsequenz daraus zu sein. ORKB können mit den Bürgern direkt oder durch Partner und Kanäle, wie Parlament, Medien und jenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die von den Regierungen Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern verlangen, interagieren. Die Vorteile und Nachteile der verschiedenen Kommunikationsarten wurden aus verschiedenen Perspektiven analysiert.

Anders B. Johnsson (Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, IPU) präsentierte den Blickwinkel der Parlamente, M. Oyhanarte (Expertenausschuss für öffentliche Verwaltung der Vereinten Nationen, UNCEPA) die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger und Kyuhu Jo (ORKB Korea) und Terence Nombembe (ORKB Südafrika) untersuchten den Wert, den Nutzen und die Herausforderungen, die solche Kooperationen für die Obersten Rechnungskontrollbehörden mit sich bringen. R. Acosta Zuniga (ORKB Costa Rica), V. Von Stemann (ORKB Dänemark), C. Faggioni (ORKB Ecuador) und A. Gonzalez (ORKB Venezuela) teilten ihre Erfahrungen über erfolgreiche Annäherungen, Strategien, Werkzeuge und Good-Practice-Beispiele von Bürgerbeteiligung. E. Peruzzotti (UNDESA) und R. Villarreal (Leiter DPADM, UNDESA) präsentierten eine Analyse der Interaktion zwischen Obersten Rechnungskontrollbehörden und Bürgerinnen und Bürgern im Kontext der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), und schlussendlich informierte D. Gottwald (UNDOC) über die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit der Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC).

Anders B. Johnsson (IPU) befürwortete ein enges Arbeitsverhältnis zwischen den Obersten Rechnungskontrollbehörden und den Parlamenten. Er betonte, dass die daraus resultierende erhöhte Transparenz und Rechenschaftspflicht einen positiven Einfluss auf das öffentliche Vertrauen in Regierungen haben und die Demokratie stärken.

Es gab ein gemeinsames Einverständnis, dass Parlamente und ORKB ein enges und fortdauerndes Verhältnis entwickeln sollen und dass INTOSAI und IPU eine tragende Rolle in diesem Prozess spielen müssen. Es wurde abermals unterstrichen, dass die ORKB und Parlamente nicht die einzigen Akteure seien; es sei ebenso essentiell, die Medien und die Zivilgesellschaft in ihrer Gesamtheit zu involvieren. Die bürgerliche Gesellschaft könnte das Parlament, genauso wie die ORKB, mit jener Information und Expertise versorgen, die für eine effektive Kontrolle der Haushaltspolitik benötigt werde.

M. Oyhanarte (UNCEPA) betonte, dass Rechenschaftspflicht und Zugang zu Information zwei Seiten ein und derselben Medaille seien, beide fördern die Effizienz und Effektivität öffentlichen Handelns. Sie argumentierte weiter, dass der Zugang zu öffentlicher Information ein Allgemeingut sei und Transparenz ein Teil des täglichen Prozesses der öffentlichen Verwaltung sein müsse.

Es gab eine generelle Übereinstimmung zwischen allen Teilnehmern, dass Wert und Nutzen von Bürgerbeteiligung für die Entwicklung stärker denn je anerkannt werden. Die Sichtweisen und Einblicke engagierter Bürger und deren Repräsentanten bringen in jeder Phase einen zusätzlichen Wert für die Prüfungstätigkeit. Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern dient dazu, die Bemühungen der öffentlichen Finanzkontrolle zu kanalisieren und steigert somit die Effektivität der Kontroll- und Aufsichtsfunktionen, die im Auftrag der ORKB beinhaltet sind. Interaktionen mit Bürgern – als die Empfänger staatlicher Leistungen – sensibilisieren ORKB für die Ansprüche von Stakeholdern und ermöglichen so diese rechtzeitig, soweit angemessen, in ihren strategischen Plan, Wirtschafts- und Prüfungsplan einzuarbeiten. ORKB werden somit in die Lage versetzt, Belange zu untersuchen, die sonst völlig außerhalb des Bereiches öffentlicher Wahrnehmung bleiben würden. Die bürgerliche Gesellschaft kann hier eine wichtige Rolle in der Überprüfung der Umsetzung von Prüfungsempfehlungen übernehmen und folglich auch Druck auf die Exekutive erzeugen, die Vorschläge der ORKB auszuführen.

Fokusgruppen sind ein gutes Instrument, um Impulse von Bürgerinnen und Bürgern für spezifische Prüfungen, vor allem Wirtschaftlichkeitsprüfungen, zu erhalten. Beiträge von Fachverbänden und seriösen Interessenvertretungen bringen ebenfalls wichtige Aspekte in den Prüfungsprozess mit ein.

Zivilgesellschaftliche Organisationen können eine wichtige Rolle spielen in der institutionellen Stärkung ihrer jeweiligen Länder, indem sie ihre Regierung auf Grundlage der externen Finanzprüfung – durchgeführt von der ORKB in Regierungsbehörden und von Regierungsprogrammen – kontrollieren. Zivilgesellschaftliche Organisationen können auch Empfehlungen bei der Wahl der Prüfungsschwerpunkte der ORKB einbringen, basierend auf den Informationen, die sie durch ihre spezifische Arbeit als Organisation erhalten. Indem sie die Rolle einer vertrauenswürdigen „Brücke“ zwischen ORKB und den Bürgern übernehmen, können Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Organisationen durch unterschiedliche Maßnahmen, wie z.B. die Kommunikation von Prüfungsergebnissen, einen Beitrag dazu leisten, effektivere Diskussionen zwischen den von ihnen vertretenen Bürgerinnen und Bürgern zu fördern.

Es gibt sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen aus der Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern. Direkte Auswirkungen betreffen unter anderem die Entfernung sogenannter blinder Flecken in der öffentlichen Finanzkontrolle, eine höhere Sicherheit,

dass der öffentliche Dienst die Bedürfnisse der Bürger erfüllt und eine bessere Kenntlichmachung von Budgetverschwendung und Misswirtschaft. Indirekt sorgt Bürgerbeteiligung dafür, das öffentliche Vertrauen in die Regierung zu stärken und den Wert und Nutzen der externen öffentlichen Finanzkontrolle zu fördern.

Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern bringt allerdings auch eine Reihe von Risiken und Herausforderungen für die Obersten Rechnungskontrollbehörden mit sich. Vor allem unangemessene Einflussnahme kann die Unabhängigkeit der ORKB schmälern und somit einen negativen Einfluss auf den Ruf der Institution haben. ORKB sollten sich deshalb sorgfältig vergewissern, dass sie nur mit solchen Partnern und über solche Kanäle kooperieren, die ihr Ansehen und ihre Position nicht gefährden. Ebenso verlangt die Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern nach zusätzlichen Qualifikationen oder einem neuen Verhaltenskodex für ORKB. In einigen Bereichen besteht die Gefahr der Überschneidung mit den Aktivitäten von Bürgerbeauftragten. Manchmal fallen Prüfungsanfragen von Bürgerinnen und Bürgern nicht in den Geltungsbereich der ORKB, und in manchen Ländern verhindern die rechtlichen Rahmenbedingungen eine Kooperation mit den Bürgern bzw. schränken sie ein.

3.6 Zusammenfassung

Da die moderne Gesellschaft immer facettenreicher und komplexer wird, entwickeln sich auch die traditionellen Funktionen der ORKB auf innovative Art und Weise weiter, um die effektive Finanzkontrolle des öffentlichen Sektors für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen wie für jene, die dadurch bessere Möglichkeiten für wirtschaftliche, soziale und menschliche Entwicklung erhalten, zu verbessern.

Die neue öffentliche Verwaltung („new public management“) und die Veränderungen, die sie im Zuge der letzten Finanz-, Wirtschafts- und Budgetkrise mit sich brachte, zeigten, dass die Prüfungen der ORKB nur eine Seite der Medaille offenbaren. Es gab unter den Symposiumsteilnehmern eine generelle Übereinstimmung darin, dass von der Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den ORKB alle profitieren. Bürger und ORKB haben die gleichen Zielvorstellungen bezüglich Effizienzsteigerung von Regierungen, Aufrechterhaltung der öffentlichen Verwaltung, Förderung von Transparenz, Gewährleistung der Rechenschaftspflicht der Öffentlichen Hand und schlussendlich auch hinsichtlich einer generellen Entwicklungsförderung als Beitrag zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele. Die Obersten Rechnungskontrollbehörden sind sich bewusst, dass sie neue Partnerschaften erschließen und nach Möglichkeit auch eingehen sollten. Die ORKB sollten die Zusammenarbeit mit Bürgern und deren zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Organisationen institutionalisieren um sicherzustellen, dass die öffentliche Verwaltung effektiv, effizient, reaktionsfähig und vollkommen den Grundsätzen der Gesetzmäßigkeit verpflichtet ist.

ORKB sollten eine interdisziplinäre Herangehensweise anstreben um eine kohärente und breit gefächerte Kommunikationspolitik zu erlangen. Sie müssen den Bürgerinnen und Bürgern klar und deutlich kommunizieren, welche Aufgaben die ORKB erfüllen und welchen zusätzlichen Wert sie für ihren jeweiligen Staat und die Gesellschaft durch die von ihnen wahrgenommene Funktion der staatlichen Finanzkontrolle bringen. Die ORKB sollte es den Bürgern leichter machen, Zugang zu den von der Institution generierten Informationen zu erhalten. Diese Informationen müssen sachdienlich und vertrauenswürdig sein und in einem verständlichen Format der Öffentlichkeit leicht zugänglich gemacht werden. Diese Kommunikation mit den Bürgern ist ein wechselseitiger Prozess, da die Bürger ebenfalls wertvolle Information als Input für Prüfungen einbringen und somit die Rolle der Rechenschaftspflicht der ORKB fördern.

Es ist sehr wichtig, dass ORKB als glaubwürdig erachtet werden, bevor sie mit Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten, um öffentliches Vertrauen aufzubauen. Obwohl auch Herausforderungen aufgezeigt wurden, können diese doch größten Teils durch genaues Planen und Maßnahmen, wie z.B. der behutsamen Auswahl der Kooperationspartner in der Bürgerzusammenarbeit, überwunden werden. Es wurde ebenfalls verdeutlicht, dass es keine einheitliche Lösung für alle gebe und ORKB den Entwicklungsgrad ihres Umfelds bewerten müssen, um die Art und das Ausmaß der Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern bestimmen zu können. Letztlich können ORKB – dem INTOSAI Motto “*Experientia mutua omnibus prodest*” entsprechend, vom Austausch ihrer gegenseitigen Erfahrungen viel lernen.

Die Teilnehmer des Symposiums nahmen als Ergebnis einvernehmlich Empfehlungen und Schlussfolgerungen zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht durch eine Zusammenarbeit von ORKB mit den Bürgern an. Diese Empfehlungen beinhalteten folgende konkrete praktische Vorschläge:

1. Fortsetzung der Bemühungen zur Verabschiedung einer Resolution durch die VN-Generalsversammlung, welche die in den Deklarationen von Lima und Mexiko festgeschriebenen Grundsätze bekräftigt und die Tätigkeit der INTOSAI anerkennt;
2. Anwendung des INTOSAI-Rahmens zur Kommunikation und Förderung von Wert und Nutzen der Obersten Rechnungskontrollbehörden als Grundlage für eine erhöhte Glaubwürdigkeit von ORKB und im Hinblick auf eine Verbesserung des Lebens der Bürgerinnen und Bürger;
3. Vertiefung des Wissens der Allgemeinheit über Tätigkeit und Aufgaben von ORKB sowie des Mehrwerts, den sie für den Staat erbringen, durch laufende Berichterstattung in den Medien, öffentliche Kampagnen, Verwendung sozialer Netzwerke und andere Aufklärungsmaßnahmen, gegebenenfalls in alltagssprachlicher Form;

4. Entwicklung und Umsetzung von Öffentlichkeitsarbeits- und Kommunikationsstrategien für eine aktive, präzise und transparente Kommunikation mit den Medien;
5. Förderung von Systemen zur Haushaltstransparenz und Maßnahmen, welche die Bürgerinnen und Bürger über den gesamten Haushaltsprozess, einschließlich Abänderungen und Vollzug, informieren;
6. Förderung der Bürgerbeteiligung durch die Entwicklung von Mechanismen zur Annahme und Verfolgung von Beschwerden über Regelverstöße und Verwaltungsmisstände und von Vorschlägen zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung;
7. Verpflichtung zu einem Beitrag zum Rio+20-Gipfel über den Klimawandel im Juni 2012, welcher entsprechend der Einladung der Vereinten Nationen über die Mechanismen der INTOSAI erfolgen soll;
8. Erstellung einer gemeinsamen Agenda mit der Hauptabteilung der Vereinten Nationen für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (UN DESA) um den Kapazitätsaufbau in allen Ländern voranzutreiben, einschließlich Partnerschaften zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, mit dem Ziel, die Prüfungsprozesse zu verbessern, Transparenz zu fördern und Korruption zu beseitigen;
9. Spezifischer Beitrag zur Korruptionsverhütung im Sinne des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC);
10. Anregung eines Informations- und Erfahrungsaustausches zwischen Obersten Rechnungskontrollbehörden in Hinblick auf eine effiziente und wirksame Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern;
11. Erarbeitung eines INTOSAI-Leitfadens über die Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Tätigkeit der INTOSAI-Arbeitsgruppe über Wert und Nutzen von Obersten Rechnungskontrollbehörden. Ein solcher Leitfaden sollte Chancen und auch Gefahren einer Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen ansprechen.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Unter **Betonung** der Bedeutung einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen den Obersten Rechnungskontrollbehörden und den Bürgerinnen und Bürgern zur Gewährleistung und Förderung von Transparenz, Rechenschaftspflicht und guter Verwaltungsführung;

Unter **Bestätigung**, dass eine wirksame Zusammenarbeit nur durch eine wirksame Kommunikation möglich ist;

In **Anbetracht** dessen, dass die Obersten Rechnungskontrollbehörden aufgrund ihrer einzigartigen Stellung in der Lage sind, der Gesellschaft zu dienen, indem sie eine sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige sowie ordnungs- und rechtmäßige Verwendung der öffentlichen Mittel sicherstellen helfen;

In dem **Bewusstsein**, dass sich die Obersten Rechnungskontrollbehörden und die nachhaltig involvierten Parlamente bei der Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung, der Förderung wirksamer staatlicher Governance sowie der Stärkung des Vertrauens in die Staatsführung in ihren Bemühungen wechselseitig ergänzen;

In **Begrüßung** der Erklärung der Interparlamentarischen Union (IPU), ihre Kapazitätsaufbaubemühungen in den Parlamenten zu verstärken, damit diese ihre Überwachungsfunktion wahrnehmen und ihren Haushalts- und Kontrollbefugnissen nachkommen können;

Unter **Hervorhebung** der in den Deklarationen von Lima und Mexiko dargelegten Grundvoraussetzungen für die Tätigkeit von Obersten Rechnungskontrollbehörden;

In **Begrüßung** der Resolution des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC), welche das Wirken der Internationalen Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden bei der Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht sowie der wirtschaftlichen und wirksamen Vereinnahmung und Verwendung öffentlicher Mittel im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Anerkennung zollt und darüber hinaus auch die Lima-Erklärung über Leitlinien der Finanzkontrolle aus dem Jahre 1977 und die Mexiko-Erklärung über die Unabhängigkeit von Obersten Rechnungskontrollbehörden aus dem Jahr 2007, welche die Prinzipien der Unabhängigkeit der staatlichen Finanzkontrolle darlegen, anerkennend zur Kenntnis nimmt und deren weitgehende Verbreitung anregt;

In **Unterstützung** der Auffassung des Expertenausschusses für öffentliche Verwaltung (CEPA), dass ORKB auf die Stärkung der Bürgerinnen und Bürger Einfluss nehmen könnten, indem sie deren aktiven Bürgersinn aufbauen, sie über ihre Rechte auf Zugang zu qualitativ hochstehenden öffentlichen Informationen und eine genaue Erfüllung der

Rechenschaftspflicht über alle öffentlichen Verfahren aufklären und sie insgesamt in die Lage versetzen, als aktive, selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger die Demokratie zu **stärken**;

Unter **Würdigung** der Rolle der ORKB im Prüfungsprozess und ihres Beitrags zur Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele (MEZ);

In der **Erkenntnis**, dass Finanzkontrolle nicht Selbstzweck, sondern unverzichtbarer Teil eines Regulierungssystems ist, das darauf abzielt, Abweichungen von anerkannten Standards aufzuzeigen und die Einhaltung der Grundsätze der Rechtmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung zu fördern;

In dem **Bewusstsein**, dass Oberste Rechnungskontrollbehörden eine wichtige Funktion bei der Förderung staatlicher Governance wahrnehmen sollten;

In **Anerkennung** der Bedeutung des Beitrags/des Engagements/der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Haushaltsprozessen und der Rolle der jeweiligen Organisationen, wie etwa der International Budget Partnership (IBP), zur Verfolgung dieses Ziels;

Eingedenk der fortgesetzten gemeinsamen Bestrebungen der VN und der INTOSAI, die Zusammenarbeit zwischen Obersten Rechnungskontrollbehörden und Bürgerinnen und Bürgern zu fördern, insbesondere des 2007 veranstalteten Symposiums über Wert und Nutzen der öffentlichen Finanzkontrolle in einer globalisierten Welt, sowie des 2009 veranstalteten Symposiums „INTOSAI: Aktiver Partner im internationalen Netzwerk zur Korruptionsbekämpfung: Herstellung von Transparenz zur Förderung der sozialen Sicherheit und zur Beseitigung von Armut“;

Eingedenk des wichtigen Beitrags der INTOSAI-Arbeitsgruppe Wert und Nutzen von Obersten Rechnungskontrollbehörden und des ihr gemäß dem Johannesburger Übereinkommen des XX. INCOSAI 2010 übertragenen Mandats;

Unter **nachdrücklichem Hinweis** darauf, dass Oberste Rechnungskontrollbehörden bestrebt sind, als glaubwürdige Institutionen mit Vorbildcharakter anerkannt zu werden, wenn sie das Leben der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verändern und einen Mehrwert für Staat und Gesellschaft schaffen wollen, indem sie den Forderungen nach Erfüllung der Rechenschaftspflicht und Beseitigung von Korruption, die von den maßgebenden Akteuren und insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern gestellt werden, entsprechen ;

In dem **Bewusstsein**, dass Oberste Rechnungskontrollbehörden auf die Wahrung ihres Rufes bedacht sein müssen, indem sie nur mit solchen Einrichtungen zusammenarbeiten, die die Bürgerinnen und Bürger auf legitime, ehrliche und umfassende Weise vertreten und desgleichen auch nur über solche Kanäle zusammenarbeiten, die das Ansehen der Obersten Rechnungskontrollbehörden sicherstellen;

Vorteile der Zusammenarbeit von Obersten Rechnungskontrollbehörden und Bürgerinnen und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht

Als **Antwort** auf das gesteigerte Interesse der Bürgerinnen und Bürger und anderer Interessensgruppen an öffentlicher Rechenschaftspflicht und Transparenz und der Notwendigkeit einer bürgernahen öffentlichen Verwaltung;

In dem **Bewusstsein**, dass im Hinblick auf eine größere Transparenz im Prozess der öffentlichen Rechenschaftslegung die Bürgerinnen und Bürger zu natürlichen Partnern der Obersten Rechnungskontrollbehörden geworden sind;

In dem **Bewusstsein**, dass die Vereinten Nationen komplementäre traditionelle und innovative Ansätze zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die öffentliche Leistungserbringung aufgestellt haben, die für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele in den einzelnen Ländern nutzbringend sein könnten;

In dem **Bewusstsein**, dass sich bei der Entwicklung von wirksamen Praktiken der Zusammenarbeit zwischen den Obersten Rechnungskontrollbehörden und den Bürgerinnen und Bürgern die Rolle der Obersten Rechnungskontrollbehörden im Hinblick auf die nachhaltige Veränderung für das Leben der Bürgerinnen und Bürger erweitern lässt, ohne die angestammten Aufgaben und die institutionelle Unabhängigkeit der ORKB dadurch zu beeinträchtigen;

In der **Überzeugung**, dass starke Partnerschaften zwischen den Obersten Rechnungskontrollbehörden und den Bürgerinnen und Bürgern eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, bessere staatliche Dienstleistungen und die Korruptionsbekämpfung maßgeblich fördern;

In der **Erkenntnis**, dass die Bürgerinnen und Bürger als Endnutzer der Verwaltungstätigkeit und der staatlichen Leistungen eine reichhaltige Wissens- und Informationsquelle in Bezug auf die Leistungen und die Tätigkeiten der Verwaltung darstellen;

In dem **Bewusstsein**, dass ein steter Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Tätigkeit der Obersten Rechnungskontrollbehörden sowie das öffentliche Vertrauen in die staatliche Verwaltung stärkt;

In der **Erkenntnis**, dass eine gezielte Kommunikation der Obersten Rechnungskontrollbehörden mit den Bürgerinnen und Bürgern deren Interesse und Teilhabe an den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens fördert, und dass die Einrichtungen der Zivilgesellschaft den Bürgerinnen und Bürgern zu größerer Wachsamkeit hinsichtlich der Angemessenheit öffentlicher Leistungserbringung verhelfen können;

In dem **Bewusstsein**, dass Kommunikation und Berichterstattung über Unregelmäßigkeiten und mögliche Risiken die öffentliche Rechenschaftspflicht stärken und die Gesellschaft darin unterstützen, informierte Entscheidungen zu treffen;

Unter **Hinweis** darauf, dass das Wissen um die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger die Obersten Rechnungskontrollbehörden in die Lage versetzt, diese in angemessener Weise in ihre Strategien, Aktions- und Prüfungspläne einzubeziehen, was letztlich auch die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Berichte stärken könnte;

In dem **Bewusstsein**, dass prüfungsspezifische und glaubwürdige Informationen, welche seitens der Bürgerinnen und Bürger an die Obersten Rechnungskontrollbehörden herangetragen werden, die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit ihrer Prüfungshandlungen zwangsläufig erhöhen;

In dem **Bewusstsein**, dass Sozialaudits eine empfehlenswerte Praxis zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als Nutznießer der staatlichen Leistungen darstellen, da dadurch Hinweise auf Unregelmäßigkeiten und Korruption dokumentiert und Abhilfemaßnahmen eingefordert werden können;

In dem **Bewusstsein**, dass mehrere Oberste Rechnungskontrollbehörden in Industrie- wie auch Entwicklungsländern schon jetzt Bürgerinnen und Bürger in ihre jeweiligen Prüfungsstrategien und -prozesse einbeziehen und dass von manchen Regionalen Arbeitsgruppen der INTOSAI Bürgerbeteiligung bereits als Grundprinzip der Rechenschaftslegung anerkannt wird;

Empfehlungen zur Förderung der staatlichen Rechenschaftspflicht durch die Zusammenarbeit von Obersten Rechnungskontrollbehörden und Bürgerinnen und Bürgern

verabschieden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 21. VN/INTOSAI Symposiums folgende **Empfehlungen**:

Anwendung der in den Deklarationen von Lima und Mexiko festgeschriebenen Grundsätze, insbesondere des Grundsatzes der Unabhängigkeit Oberster Rechnungskontrollbehörden als Organisationen mit Vorbildcharakter,

- a. zur Sicherstellung relevanter, klarer und sachdienlicher und somit allgemein verständlicher Prüfungsfeststellungen;
- b. zur Vorlage von Prüfberichten, -feststellungen und -empfehlungen an das Parlament und deren Verfügbarkeit für alle sonstigen interessierten Gruppen;
- c. zur direkten Veröffentlichung von Prüfberichten für die Bürgerinnen und Bürger und deren verständliche Aufbereitung mittels innovativer und zweckdienlicher Mittel wie Websites, Interviews in den Medien, Presseaussendungen und Pressekonferenzen;
- d. zur Eröffnung eines einfachen Zugriffs zu den Prüfprodukten und Dienstleistungen der Obersten Rechnungskontrollbehörden auf Websites, in Bibliotheken, auf Anfrage oder durch andere zweckdienliche Kanäle;

Fortsetzung der Bemühungen zur Verabschiedung einer Resolution durch die VN-Generalversammlung, die in den Deklarationen von Lima und Mexiko festgeschriebenen Grundsätze bekräftigt und die Tätigkeit der INTOSAI anerkennt;

Anwendung des INTOSAI-Rahmens zur Kommunikation und Förderung von Wert und Nutzen der Obersten Rechnungskontrollbehörden als Grundlage für eine erhöhte Glaubwürdigkeit von Obersten Rechnungskontrollbehörden und im Hinblick auf eine Verbesserung des Lebens der Bürgerinnen und Bürger;

Vertiefung des Wissens der Allgemeinheit über die Tätigkeit und die Aufgaben von Obersten Rechnungskontrollbehörden sowie des Mehrwerts, den sie für den Staat und die Gesellschaft erbringen, durch laufende Berichterstattung in den Medien, öffentliche Kampagnen, Einsatz sozialer Medien und andere Aufklärungsmaßnahmen, gegebenenfalls in alltagssprachlicher Form;

Erarbeitung entsprechender Sensibilisierungsprogramme durch aktive Zusammenarbeit mit universitären und sonstigen Forschungseinrichtungen;

Aufbau einer engen kontinuierlichen Beziehung zwischen den ORKB und den Parlamenten zur Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht, die dazu angetan ist, das Vertrauen der Öffentlichkeit positiv zu beeinflussen und die Demokratie zu stärken;

Aufforderung an die INTOSAI, mit der IPU eng zusammenzuarbeiten, um deren Bemühungen zur Verstärkung des Kapazitätsaufbaus in den Parlamenten zu unterstützen, damit diese ihrer Überwachungsfunktion wahrnehmen und ihren Haushalts- und Kontrollbefugnissen nachkommen können;

Aufbau guter Beziehungen zwischen den Obersten Rechnungskontrollbehörden und ihren Stakeholdern sowie engere Vernetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern, sozialen Einrichtungen, staatlichen Behörden und Analysten zur Stärkung von Rechenschaftspflicht und Transparenz in der Verwaltung öffentlicher Ressourcen;

Entwicklung und Umsetzung von Öffentlichkeitsarbeits- und Kommunikationsstrategien für eine aktive, präzise und transparente Kommunikation mit den Medien zum Aufbau wechselseitigen Vertrauens;

Förderung von Systemen und Maßnahmen zur Haushaltstransparenz, die die Bürgerinnen und Bürger über den gesamten Haushaltsprozess einschließlich Abänderungen und Vollzug informieren;

Anerkennung von bestehenden Modellen der Bürgerbeteiligung - insbesondere an den Haushaltsprozessen - zur Verbesserung des Lebens der Bürgerinnen und Bürger; demgemäß Aufforderung an die INTOSAI, u.a. auch im Rahmen der VN/INTOSAI Plattform mit der International Budget Partnership (IBP) und anderen Organisationen zusammenzuarbeiten, sowie Erwägung einer Beteiligung an dem vom IBP koordinierten Steward's Committee of Multi Stakeholder Initiative;

Förderung der Bürgerbeteiligung durch die Entwicklung von Mechanismen zur Annahme und Verfolgung von Beschwerden über Regelverstöße und Verwaltungsmisstände und von Vorschlägen zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung und der staatlichen Leistungserbringung mit dem Ziel, diese bei künftigen Prüfungsschwerpunkten, dem Prüfungsumfang und den Prüfungsrisiken zu berücksichtigen sowie für entsprechendes Monitoring und Rückmeldungen an die Bürgerinnen und Bürger zu sorgen, um die Nachverfolgung von Empfehlungen Oberster Rechnungskontrollbehörden zu fördern;

Verpflichtung zu einem Beitrag zum Rio+20-Gipfel über den Klimawandel im Juni 2012, welcher entsprechend der Einladung der Vereinten Nationen über die Mechanismen der INTOSAI erfolgen soll;

Erstellung einer gemeinsamen Agenda mit der Hauptabteilung der Vereinten Nationen für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (UNDESA), um den Kapazitätsaufbau in allen Ländern voranzutreiben, einschließlich einer wechselseitigen Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, mit dem Ziel, die Prüfungsprozesse zu verbessern, Transparenz zu fördern, Korruption und Armut auf allen Ebenen zu beseitigen sowie insgesamt zur Erfüllung der Millenniumentwicklungsziele (MEZ) beizutragen;

Spezifischer Beitrag zur Korruptionsverhütung im Sinne des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC);

Anregung eines Informations- und Erfahrungsaustausches zwischen Obersten Rechnungskontrollbehörden in Hinblick auf eine effiziente und wirksame Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern, u.a. auch durch Sozialaudits;

Erarbeitung eines INTOSAI-Leitfadens über die Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Tätigkeit der INTOSAI-Arbeitsgruppe Wert und Nutzen von Obersten Rechnungskontrollbehörden. Ein solcher Leitfaden sollte die notwendigen Bedingungen und Voraussetzungen festlegen, um auf Chancen und Gefahren einer Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern besser reagieren zu können.

5. EVALUIERUNG

Das Thema des Symposiums „Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit zwischen ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht“ spiegelte das wachsende Bedürfnis nach Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Finanzkontrolle wieder. Das Symposium bot eine Möglichkeit zu erfahren, wie Oberste Rechnungskontrollbehörden Bürgerinnen und Bürger in ihre Tätigkeit involvieren, aber auch wie ORKB die Ergebnisse ihrer Tätigkeit den Bürgern vermitteln.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten ihr Wissen zu folgenden Bereichen im internationalen Kontext sichten, beurteilen und austauschen: Wege, über die ORKB weltweit Bürgerinnen und Bürger miteinbeziehen; Innovationen auf dem Gebiet der Bürgerbeteiligung als Teil der institutionellen Entwicklung von ORKB, z.B. Präsentation der Prüfungsergebnisse in den Medien, Teilnahme von Bürgern in interinstitutionellen Beratungsgremien oder Beiräten, Durchführung zielgerichteter Prüfungen auf Anfrage einer Mindestanzahl von Bürgerinnen und Bürgern, etc.

Der systematische Austausch von Informationen über gemeinsame Anliegen hinsichtlich der Rechenschaftspflicht des öffentlichen Sektors, zwischen Bürgern inklusive ihren zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Organisationen und den Obersten Rechnungskontrollbehörden, trägt dazu bei, dass alle Bereiche der Regierung dem Volk rechenschaftspflichtig sind. Öffentliche Diskussionen, Beratungen und aktive Zusammenarbeit zwischen Regierungs- und Nichtregierungsakteuren, fördern die Wirtschaft, Effizienz, Effektivität, Gleichheit, Gesetzmäßigkeit und Ethik der Regierungsstellen.

In der großen Beteiligung (der Vielzahl an Teilnehmern und vertretenen ORKB/Organisationen) manifestiert sich ein starkes fachliches Interesse an den Diskussionsthemen, und das positive und lebhaftes Engagement in den Plenar- und Arbeitsgruppensitzungen bezeugt eine starke Einsatzbereitschaft und einen ausgeprägten Wunsch nach Austausch und Auswertung der wechselseitigen Erfahrungen sowie nach gegenseitiger Unterstützung.

Am Ende des Symposiums wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ersucht, einen Fragebogen auszufüllen, der Aufschluss über die Erfüllung der oben genannten Ziele geben sollte.

Die Auswertung der erhaltenen Rückmeldungen (Rücklauftrate ca. 60 %) ergab, dass die Zielvorgaben des Symposiums in ausgesprochen hohem Maß erfüllt wurden. Eine überwältigende Mehrheit der Teilnehmer beurteilte das Symposium als positiv (93 % äußerst positiv, 6 % positiv). In ihren Rückmeldungen maßen 92 % der Befragten dem

gewählten Themengebiet “extrem hohe Bedeutung” zu, 7 % befanden das Thema für “sehr relevant”. 78 % beurteilten das erworbene Knowhow als “extrem gut geeignet” für ihre ORKB, 19 % beurteilten es als “sehr gut geeignet” für die Anwendung in ihrer ORKB. Die Bewertung des fachlichen Nutzens betrug 87% für “extrem hoch”, 12 % stimmten für “hoher Nutzen”. 83 % der Befragten befanden die Struktur des Symposiums, bestehend aus Präsentationen, Fallstudien und Diskussionen, samt der Organisation als „exzellent“, und 16 % bewerteten sie mit “gut”. Mit der gesamten Organisation des Symposiums waren 88 % “extrem zufrieden”, 12 % der Befragten waren “sehr zufrieden”.

Einige der eingelangten Kommentare regten an,

- mehr Diskussionszeit zu erlauben (einschließlich Gruppendiskussionen) und weniger Präsentationen;
- die Sprechzeit während der Diskussionsrunden zu beschränken und einen stärkeren Fokus auf die Thematik des Symposiums zu legen;
- bereits vor Beginn des Symposiums den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Unterlagen zur Verfügung zu stellen;
- Dokumente auf umweltschonendere Art und Weise zur Verfügung zu stellen (USB-Sticks oder CDs anstelle von Papierakten);
- für eine bessere Klimatisierung des Konferenzraumes zu sorgen und Tische für alle bereitzustellen.

ANLAGEN

Referate und Präsentationen (nur elektronisch verfügbar¹)

- 1 Eröffnung
 - 1.1 Dr. Josef Moser, Präsident des österreichischen Rechnungshofes,
Generalsekretär der INTOSAI, Österreich
 - 1.2 Sha Zukang, Untergeneralsekretär, Wirtschaft und Soziales, VN
- 2 Fachbeiträge
 - 2.1 Kommunikation zwischen ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen
Rechenschaftspflicht
Jacek Jezierski, ORKB Polen
 - 2.2 Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Arbeit von ORKB
Ahmed El Midaoui, ORKB Marokko
 - 2.3 Kommunikation prüfungsspezifischer Informationen an Bürgerinnen und
Bürger
Sergey Vadimovich Stepashin, ORKB Russische Föderation
 - 2.4 Kommunikation bei Prüfungen, die die ORKB auf Anregung der Bürger
initiiert haben,
Amitabh Mukhopadhyay, ORKB Indien
 - 2.5 Grundsatzreferat
Meredith Edwards, VN CEPA
 - 2.6 Länderpapiere und Fallstudien
Aroldo Cedraz, ORKB Brasilien
Sandra Morelli Rico, ORKB Kolumbien
Hadi Poernomo, ORKB Indonesien
Ellen van Schoten, ORKB Niederlande

¹ Elektronisch verfügbar als ".pdf":
<http://www.intosai.org/de/veranstaltungen/vnintosai-seminare/chronologie-themen-berichte.html>

- 2.7 Wege und grundlegende Voraussetzungen, um die Bürgerinnen und Bürger in den Prüfungsprozess der ORKB einzubinden
Dasheng Dong, ORKB China
- 2.8 Länderpapiere und Fallstudien
Nancy Torreblanca, ORKB Paraguay
Patricia A. Dalton, ORKB USA
- 2.9 Wert, Nutzen und Herausforderungen der Zusammenarbeit zwischen ORKB und Parlamenten aus Sicht der Parlamente
Anders B. Johnsson, IPU
- 2.10 Wert, Nutzen und Herausforderungen der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern aus Sicht der Bürger
Marta Oyhanarte, VN CEPA
- 2.11 Wert, Nutzen und Herausforderungen der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern aus Sicht der ORKB
Kyuho Jo, ORKB Korea
Terence Nombembe, ORKB Südafrika
- 2.12 Länderpapiere und Fallstudien
Rocio Acosta Zuniga, ORKB Costa Rica
Vibeke R. Von Stemann, ORKB Dänemark
Raoul Robles Segura, ORKB Mexiko
Adelina Gonzalez, ORKB Venezuela
Enrique Peruzzotti, VN DESA
- 2.13 Innovative Formen der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgerinnen und Bürgern im Kontext der Millenniumsentwicklungsziele der VN
Roberto Villarreal, VN DESA

3 Länderberichte

3.1 Afghanistan

3.2 Algerien

3.3 Honduras

3.4 Ungarn

3.5 Irak

3.6 Kongo

3.7 Mikronesien

3.8 Palau

3.9 Slowenien

3.10 Swasiland

3.11 Trinidad und Tobago

Teilnehmerliste

Technischer Vorsitz:

Südafrika

Terence Nombembe

Vortragende:

Brasilien

Aroldo Cedraz

China

Dr. Dasheng Dong

Costa Rica

Marta E. Acosta Zúniga

Dänemark

Vibeke R. von Stemann

Indien

Amitabh Mukhopadhyay

Indonesien

Hadi Poernomo

IPU (Interparlamentarische Union)

Anders B. Johnsson

Kolumbien

Dr. Sandra Morelli Rico

Korea

Kyuho Jo

Marokko

Dr. Ahmed El Midaoui

Mexiko

Raul Robles Segura

Niederlande

Ellen van Schoten

Österreich

Dr. Wolfgang Waldner

Paraguay

Nancy Torreblanca

Polen

Jacek Jeziernski

Russische Föderation

Dr. Sergey Vadimovich Stepashin

Vereinte Nationen

Roberto Villarreal

Vereinte Nationen

Sha Zukang

Vereinte Nationen

Meredith Edwards

Vereinte Nationen

Marta Oyhanarte

Vereinte Nationen

Enrique Peruzzotti

Vereinte Nationen

Dorothee Gottwald

Vereinigte Staaten von Amerika

Patricia Dalton

Teilnehmer:

Afghanistan	Prof. Mohammad Sharif Sharifi Ahmad Nawid Poya
Algerien	Djaffer Zioui
Argentinien	Vilma Noemi Castillo
Aserbaidshan	Adil Maharramov Mubariz Huseynquliyev
Äthiopien	Gebremichael Assefa Desta Waktole Shasho Mekonnen
Bahrain	Hassan Khalifa Al Jalahma Hamza Al Zubair
Belgien	Ignace Desomer Robert Devos
Botswana	Robby B. Sebopeng Kealeboga Molelowatladi
Brasilien	Luiz Akutsu
Brunei Darussalam	Siti Noor Munirahsafawati Mohammad Dk. Siti Norbaya Pg. Shahminan
Bulgarien	Tzvetan Tzvetkov Valeri Apostolov
China	Zhenlong Cui Zhou Xun
Costa Rica	Maritza Sanabria Masis
Dänemark	Christina Haupt Jorgensen
Deutschland	Nicole Botha Ruth Abraha
Frankreich	Michel Valdiguie
Georgien	Irena Melua Giorgi Alasania
Guyana	Deodat Sharma
IBP (International Budget Partnership)	Delaine McCullough Paul Zeitz
Indonesien	Bahtiar Arif
Irak	Dr. Abdul Basit Turki Saeed Saeed Salman Mudhar Al-Bayat Husamuddin Abdulsattar

Italien	Luigi Giampaolino Giovanni Coppola Francesco Alfonso
Kongo, Demokratische Republik	Ernest Izemengia Nsaa-Nsaa Kltambala N'Gbeze
Korea	Seongjun Kim Kim Minjung
Kroatien	Marija Grguric Nediljka Rogosic
Libanon	Ramzi Nohra Joseph Kesserouani
Malediven	Ibrahim Niyaz
Malta	Anthony C. Mifsud Charles Deguara
Mauritius	Rajun Jugurnath
Mikronesien	Haser Hainrick Kelly Samuel
Moldawien	Serafim Urechean
Montenegro	Branislav Radulovic Milan Dabovic
Mosambik	Filomena Cacilda Maximiano Chitsonzo
Namibia	Junias Etuna Kandjeke Maretta Eimann
Niederlande	Marie-Chantal Emmaneel
Norwegen	Oivind Berg Larsen
Palau	Satrunino Tewid
Panama	Yany E. Chávez R. Roger A. Cerrud
Paraguay	Fabián Forestrieri
Philippinen	Gracia M. Pulido-Tan Noel C. Esquela
Polen	Kamila Żyndul Katarzyna Kopec
Rumänien	Valentin Alexandru Chis Doina Draniceanu
Russische Föderation	Nikolay V. Paruzin Azat Shakirov

Sambia	Davy Siame Regina M. Chilupula
Saudi Arabien	Dr. Osama Jafar Faqeeh Rashad M. Kassim
Schweden	Ulrika Walldén Oskar Karneback
Schweiz	Kurt Grüter
Serbien	Radoslav Sretenović Iva Vasilic Natalija Catovic
Sierra Leone	Tamba Momoh
Simbabwe	Mildred Chiri
Slowenien	Nina Furman
Spanien	María José de la Fuente de la Calle
Südafrika	Bhana Pramesh
Swasiland	Africa Elphas Hadebe
Tansania	Ludovick S.L. Utouh Edwin Rweyemamu
Trinidad und Tobago	Gary Peters
Türkei	Dr. Recai Akyel Dr. Omer Kose
Uganda	Stephen Kateregga
Ungarn	László Domokos Erzsébet Németh
Uruguay	Dr. Siegbert Rippe Kaiser Diana Marcos
Vereinigtes Königreich	David Goldsworthy
Vereinigte Staaten von Americk	Stephen Sanford
Vereinte Nationen	Carman Lapointe Angela Capati-Caruso Anni Haataja

Österreich – Rechnungshof

Dr. Josef Moser
Elisabeth Dearing
Dr. Robert Sattler
Monika Siller
Wolfgang Wiklicky

INTOSAI Tagungssekretariat

Herbert Baumgartner
Gabriela Eger
Manuela Ernst
Sandra Fuchs
Monika Gonzalez-Koss
Elisabeth Kreith
Elisabeth Müller
Susanne Schwarz
Renate Vocedalek
Annibelle Walch